

Das Problem heißt Rassismus und Gentrifizierung:

Görli für Alle statt Polizeirazzien, Kahlschlag, polizeiliche Umbaumaßnahmen und Verdrängung!

Ein Aufruf zu einem gemeinsamen, vielfältigen, kreativen & wütenden Widerstand gegen die täglichen rassistischen Polizei-Schikanen im Görli, gegen den bezirklich organisierten Kahlschlag, gegen die geplante und teilweise schon durchgeführte Schließung von Zugängen und die niederträchtige "Null Toleranz"-Politik. Görli für Alle - gegen Bezirk, Senat, Polizei & Ordnungsamt!

Seit Jahren versuchen Bezirk und Senat mit Hilfe von Polizei und Ordnungsamt, sogenannte "unerwünschte Nutzungen" aus dem Görli zu verdrängen. Betroffen sind so gut wie ausschließlich Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Menschen, die noch dazu in der Regel meistens nur sehr geringe Einkommen haben, sollen im neuen, schicken Görli im durchgentrifizierten Kreuzberg 36, dem Kreuzberg der Eigentumswohnungen und Luxuslofts, keinen Platz mehr haben.

Dass viele Menschen durch die herrschende Politik, die ihnen gültige Papiere und Arbeitserlaubnis verweigert, dazu gezwungen sind, ihr pures Überleben etwa durch den Verkauf von Cannabis zu sichern, interessiert die herrschende Politik nicht. Diese Menschen sind im Park nicht erwünscht, und sie sollen verschwinden. Wohin, ist Bezirk, Senat und Polizei egal, Hauptsache sie sind nicht mehr im öffentlichen Raum sichtbar. Gleiches gilt für Menschen die vor Diskriminierung und Armut flüchten, wie etwa viele Roma-Familien, die in Berlin ebenfalls aus dem Görli verdrängt worden sind oder verdrängt werden sollen.

Um im Görli einen schicken, sauberen Park für die weiße Mittel- und Oberschicht durchzusetzen, werden die Maßnahmen durch Bezirk, Senat und Polizei immer mehr verschärft. Es begann mit ständigen Razzien durch Polizei und Ordnungsamt. Dann wurde eine "Taskforce Görli" eingerichtet, um im Görli festgenommene Menschen nach Möglichkeit direkt abschieben zu können. Große Teile des Parks wurden abgeholzt, um der Polizei bessere Beobachtungs- und Zugriffsmöglichkeiten zu verschaffen. Um Geflüchtete zu Straftäter*innen zu machen, wurde eine sogenannte "Null Toleranz Zone" für Cannabis-Produkte eingerichtet. Der Görli wird durch Polizei-Kameras aus angrenzenden Wohnhäusern überwacht.

Für die nächsten Monate sind von Bezirk und Senat in enger Zusammenarbeit mit der beim Landeskriminalamt (LKA) angestellten Architektin Ingrid Hermannsdörfer weitere repressive Maßnahmen geplant, um unerwünschten Menschen den Aufenthalt im Görli so unangenehm wie möglich zu machen. Viele Eingänge in den Park sollen durch Mauern geschlossen werden, um mehr Kontrolle zu ermöglichen und Festnahmen zu erleichtern. Gleichzeitig soll an der Görli Straße die bestehende Mauer teilweise durch Zäune ersetzt werden. Es soll keine einzige Stelle im Park mehr geben, an der Menschen nicht ständig überwacht werden können. Auch der Kahlschlag an Büschen und Sträuchern soll weitergehen. Ganz im Sinne der unsäglichen "Broken Windows Theorie", wie sie von der Polizei-Architektin Hermannsdörfer vehement verfochten wird, sollen zukünftig auch kleinste "Regelverstöße" im Görli bestraft werden, etwa das Grillen an nicht zugelassenen Orten, unerlaubtes Plakatieren, angeblich zu laute Musik, Graffiti und Kiffen sowieso.

Wir wollen keinen Görli, der nur noch für eine angepasste, weiße Mittelschicht gedacht ist. Wir wollen keine rassistischen Polizeirazzien und -Übergriffe und keine ständigen Schikanen durch das Ordnungsamt. Wir wollen keine Tag und Nacht überwachten Eingänge in den Park. Wir wollen keinen Kahlschlag, um der Polizei noch bessere Überwachungs- und Festnahme-Möglichkeiten zu schaffen. Wir wollen keine Rennpisten für Polizeifahrzeuge im Park. Wir wollen keine hysterische Angstmache durch Politik, Polizei und Medien. Der Görli wird an schönen Tagen von tausenden von Menschen genutzt, selbst der Bezirk redet von "Übernutzung". Das Gerede von "Angstraum" Görli dient nur dazu, Ausgrenzung zu rechtfertigen.

Wir haben kein Problem damit, dass im Görli Gras verkauft wird. Viele von uns kiffen gerne selbst. Lasst uns gemeinsam einen Görli für Alle gestalten. Wir wollen, dass besonders die Bedürfnisse der gesellschaftlich schwächsten Gruppen, der Geflüchteten und Obdachlosen, berücksichtigt werden. Lasst uns gemeinsam Polizei und Ordnungsamt an ihren täglichen Razzien hindern und die vom Bezirksamt geplanten Baumaßnahmen, die die Verdrängung unterstützen sollen, sabotieren.

*Wütende Anwohner*innen aus Kreuzberg 36 und ihre Freund*innen*

Visdp: Sarah Schmitz, Reichenberger Straße 32, 10999 Berlin